

Finnland

Tuomas Iso-Markku

In Finnland regiert seit Juni 2011 eine vom Premierminister Jyrki Katainen geführte Regierung, der außer den rechtspopulistischen Basisfinnen und der bürgerlich-liberalen Zentrumspartei alle im finnischen Parlament vertretenen Parteien angehören.¹ Diese sogar für finnische Verhältnisse breite Koalition entstand unter außergewöhnlichen Bedingungen: Bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen waren die ausgesprochen europaskeptischen Basisfinnen mit einem Stimmenanteil von 19,1 Prozent zur drittgrößten Fraktion aufgestiegen und hatten somit die politische Landschaft Finnlands radikal verändert. Die Wahlen hatten europaweit für Aufmerksamkeit gesorgt und zu Spekulationen geführt, dass Finnland, das sich bis dahin gern als Musterknabe der EU präsentiert hatte, nun auf den Kurs der Basisfinnen einschwenken und zu einem *enfant terrible* werden könnte. In den Koalitionsverhandlungen manövierten sich die Basisfinnen mit ihrem kategorischen ‚Nein‘ zur Rettung kriselnder Eurostaaten jedoch ins Abseits und mussten sich mit der Rolle der größten Oppositionspartei zufriedengeben. Damit blieb ihnen der direkte Einfluss auf den europapolitischen Kurs des Landes verwehrt. Dennoch hat der fortwährende Erfolg der Basisfinnen die finnische Europapolitik in vielerlei Hinsicht beeinflusst.² Anders als im ersten Jahr der laufenden Legislaturperiode drehte sich die politische Debatte in den letzten zwölf Monaten allerdings nicht mehr ausschließlich um den Euro und die Bewältigung der Schuldenkrise. Stattdessen widmeten sich die Parteien im Laufe des Jahres zunehmend innenpolitischen Themen. Europapolitische Fragen machten jedoch weiterhin Schlagzeilen und wurden in den Medien sowie im finnischen Parlament kontrovers diskutiert.

Europapolitik unter geänderten Rahmenbedingungen

Seit dem Beginn der Eurokrise und dem damit verbundenen raschen Aufstieg der Basisfinnen stehen – zum ersten Mal seit dem EU-Beitritt Finnlands – europapolitische Themen regelmäßig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Damit hat sich Europapolitik endlich zu einem auch wahlpolitisch relevanten Faktor entwickelt. Der Wahlsieg der Basisfinnen darf jedoch nicht so interpretiert werden, dass die finnische Wählerschaft insgesamt euroskeptischer geworden wäre. Laut den jährlichen Umfragen des Finnish Business and Policy Forum (EVA) stieg der Anteil der Finnen, die der EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv gegenüberstehen, von 37 Prozent im Wahljahr 2011 auf einen historischen Höchstwert von 55 Prozent im Jahr 2012, um im Jahr 2013 auf 46 Prozent – immerhin der zweithöchste Wert seit 1995 – zurückzugehen. Über denselben Zeitraum pendelte der Anteil derer, die die EU-Mitgliedschaft Finnlands als negativ bewerteten, zwischen 20 und 30 Prozent, während er in der Vergangenheit mehrmals bei über 30 Prozent gelegen hatte.³

1 Diese sind die Nationale Sammlungspartei, die Sozialdemokratische Partei (SDP), das Linksbündnis, der Grüne Bund, die Schwedische Volkspartei sowie die Christdemokraten.

2 Vgl. Juha Jokela/Kaisa Korhonen: A Eurosceptic Big Bang: Finland's EU Policy in Hindsight from the 2011 Elections, FIIA Briefing Paper 106, Helsinki 2012.

3 Ikka Haavisto: Kadonneen kasvun metsästäjät. EVA:n arvo- ja asennetutkimus 2013, Helsinki 2013, S. 77.

Bemerkenswert ist jedoch auch, dass insgesamt 44 Prozent der befragten Finnen im Jahr 2012 angaben, ihre Einstellung zur EU sei in den letzten Jahren negativer geworden.⁴

Eine andere Meinungsumfrage vom April 2013 verdeutlicht das Verhältnis der Finnen zum Euro. Laut der Umfrage würden 47 Prozent der Finnen die Krisenstaaten nicht weiter unterstützen sondern sie lieber aus dem Euroraum austreten lassen. Nur 28 Prozent der Befragten begrüßten die Rettungsmaßnahmen der EU. Die Idee von gemeinsamer Haftung für die Schulden der Euroländer lehnten sogar 67 Prozent der Probanden ab. Einen Austritt Finnlands aus dem Euro hieß dagegen nur ein Viertel der Umfrageteilnehmer gut, 55 Prozent sprachen sich dagegen aus.⁵

Die Europapolitik der amtierenden Regierung ist vom Bemühen gekennzeichnet, den kritischen Ansichten der Wähler Rechnung zu tragen, ohne den prinzipiell pro-europäischen Kurs Finnlands, der weiterhin breite Unterstützung genießt, aufzugeben. Während die Nationale Sammlungspartei des Premierministers Katainen noch immer als sehr integrationsfreundlich gilt, versuchte die Sozialdemokratische Partei (SDP) der jetzigen Finanzministerin Jutta Urpilainen vor allem im Wahlkampf mit eurokritischen Aussagen zu punkten. In den Koalitionsverhandlungen einigten sich die zwei Parteien schließlich auf eine härtere Haltung in der Eurorettung. Finnland verpflichtete sich zwar dazu, den Krisenstaaten weitere Kredite im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zu gewähren, aber nur im Tausch gegen zusätzliche Sicherheiten seitens der Schuldnerstaaten.⁶ So schloss Finnland im Zusammenhang mit den Rettungspaketen für Griechenland (Februar 2012) und Spanien (Juli 2012) als einziger Mitgliedstaat einen Vertrag über Sicherheiten für seine Kredite ab.

Der vorsichtige europapolitische Ton spiegelt sich auch in dem Bericht über die Grundlinien der finnischen EU-Politik wider, den die Regierung im Juni 2013 verabschiedete.⁷ Als Hauptursache der Eurokrise identifiziert die Regierung darin den mangelnden Willen der Mitgliedstaaten, die gemeinsamen Regeln für solide Haushaltsführung zu verfolgen, weswegen die Krise vor allem durch verstärkte Kontroll- und Koordinationsmechanismen zu lösen sei. Eine Vergemeinschaftung der Schulden lehnt die Regierung ebenso ab wie solch eine Bankenunion, die das Risiko des Moral Hazard erhöhen würde. Auch die Vorschläge zur Stärkung der politischen Union fallen eher nüchtern aus. Gleichzeitig lässt sich aus dem Bericht jedoch herauslesen, dass die Eckpfeiler der finnischen Europapolitik trotz der innenpolitischen Turbulenzen weitgehend unverändert geblieben sind. Der Bericht betont die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und stellt fest, dass eine weitere Vertiefung der Integration in vielen Bereichen wünschenswert sei. Laut dem Bericht soll sich Finnland auch künftig an den zentralen Integrationsprojekten beteiligen, um seinen Einfluss in der EU zu sichern.

Eurokrise als dominantes europapolitisches Thema

Die europapolitische Agenda in Finnland wurde in den letzten zwölf Monaten weiterhin von der Eurokrise bestimmt. Im Juli 2012 spekulierten sowohl ausländische als auch finnische Medien kurz über einen Euroaustritt Finnlands, nachdem Finanzministerin

4 Ilkka Haavisto: EU vai ei? EVAn arvo- ja asennetutkimus 2012, Helsinki 2012, S. 14.

5 YLE: Suomalaiset tyrmäävät EU-taloussliiton tiivistämisen, 22.4.2013, http://yle.fi/uutiset/suomalaiset_tyрмаават_eu-taloussliiton_tiiivistamisen/6590823.

6 Valtioneuvoston kanslia: Pääministeri Jyrki Kataisen hallituksen ohjelma, 22.6.2011.

7 Vgl. Valtioneuvoston selonteko EU-politiikasta 2013.

Urpilainen in einem Interview beteuert hatte, dass Finnland „nicht um jeden Preis“ am Euro festhalten wolle.⁸ In der Praxis beteiligte sich die Regierung jedoch nach wie vor an den Rettungsmaßnahmen. Ein wichtiger Schritt hierbei war die Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dessen Gründungsvertrag das finnische Parlament am 21. Juni 2012 ratifizierte. Die Regierung hatte bereits im Vorfeld angekündigt, dass sie für die im Rahmen des ESM gewährten Kredite keine zusätzlichen Sicherheiten mehr verlangen würde. Dem Parlament begründete sie diesen Entschluss damit, dass der ESM bei der Kreditbedienung immer einen vorrangigen Status gegenüber privaten Gläubigern habe, was die Sicherheit der Einlagen erhöhe.⁹ Kurz darauf entschieden die Staats- und Regierungschefs der Eurozone allerdings, dass der ESM beim Übergang der spanischen Kredite von der EFSF zum ESM auf den bevorrechtigten Status verzichten würde. Der Beschluss legte offen, dass es sich bei der Seniorität der ESM-Kredite nicht um eine rechtlich bindende Vereinbarung handelte. Die Opposition klagte daraufhin, dass sie über den Status des ESM falsch informiert worden sei und warf der Regierung vorsätzliche Täuschung vor. Schließlich wurde der Justizkanzler damit beauftragt, den Fall zu untersuchen. In seinem Urteil entlastete er die Regierung von den Vorwürfen.¹⁰

Im Frühjahr 2013 war es vor allem das für Zypern geschnürte Rettungspaket, das die Gemüter in Finnland erregte. Zypern war das erste Land, dem ein Kredit direkt aus den Mitteln des ESM zugesprochen wurde, weshalb über die Beteiligung Finnlands nicht in einer Plenarsitzung sondern lediglich im Großen Ausschuss¹¹ des Parlaments entschieden wurde. Die zwei Oppositionsparteien äußerten ihren Unmut über dieses Verfahren. Die Basisfinnen reichten schließlich eine Interpellation ein und stellten damit sicher, dass es auch eine öffentlichkeitswirksame Plenardebatte über den Kredit gab.¹² In der Plenarsitzung sprach sich auch die Zentrumsparterie gegen das Rettungspaket aus. Die Regierung überstand das darauffolgende Votum jedoch mit klarer Mehrheit.

Im Mai 2013 wurden die von der Regierung im Februar 2012 mit Griechenland verhandelten Sicherheiten erneut unter die Lupe genommen, als das Oberste Verwaltungsgericht Finnlands die Veröffentlichung des ursprünglich für geheim erklärten Vertrags anordnete. Dabei kam heraus, dass es sich bei den Sicherheiten um einen komplexen Total-Return-Swap-Vertrag handelte, den Finnland mit vier griechischen Banken abgeschlossen hatte. Über den tatsächlichen Wert der Sicherheiten wurde nach der Veröffentlichung des Vertrags hitzig debattiert. Vor allem Timo Soini, Vorsitzender der Basisfinnen, kritisierte den Vertrag scharf.¹³

Rückkehr zu innenpolitischen Themen

Trotz der europapolitischen Kontroversen war in den letzten zwölf Monaten auch eine allmähliche Rückkehr zu innenpolitischen Themen festzustellen. Ein Grund hierfür waren die Kommunalwahlen, die am 28. Oktober 2012 abgehalten wurden. Obwohl Timo Soini wieder versuchte, die Eurokrise zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen,¹⁴ drehte sich

8 Zeit Online: Finnische Finanzministerin droht mit Euro-Austritt, 6.7.2012, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-07/finnland-euro-finanzminister>.

9 Vgl. Hallituksen esitys eduskunnalle Euroopan vakaustekanismiin (EVM) perustamisesta tehdyn sopimuksen hyväksymisestä ja laiksi sen lainsäädännön alaan kuuluvien määräysten voimaansaattamisesta.

10 Vgl. Helsingin Sanomat: Virheellistä tietoa, mutta ei petkutusta, 14.10.2012.

11 Der Große Ausschuss fungiert in Finnland als Ausschuss für EU-Angelegenheiten.

12 Helsingin Sanomat: Suuri valiokunta päättää Kypros-paketista, 19.4.2013.

13 Vgl. Helsingin Sanomat: Perussuomalaisten ilmoituksen väitteet kiistettiin, 3.6.2013.

14 Vgl. Financial Times: True Finns keep Europe on national agenda, 24.9.2012.

die nationale Debatte vor allem um die von der Regierung geplante Kommunalreform, die Eingemeindungen sowie einen radikalen Umbau des Sozial- und Gesundheitswesens vorsieht. Landesweit erhielt die Nationale Sammlungspartei den größten Stimmenanteil, gefolgt von der SDP und der Zentrumsparterie, die damit zur stärksten Oppositionspartei aufstieg. Die Basisfinnen konnten zwar den mit Abstand größten Stimmenzuwachs verbuchen, blieben aber mit einem Stimmenanteil von 12,3 Prozent hinter ihren eigenen Erwartungen zurück.¹⁵

Das Ergebnis der Wahlen schien der Regierung ein klares Mandat für die Kommunalreform zu geben, die sie zu ihren wichtigsten Projekten zählt. Seit der Wahl schleppt sich der Reformprozess jedoch hin, was dem Image der Koalition sehr geschadet hat. Einen weiteren schweren Schlag erlebte die Regierung im März 2013, nachdem sie ihren Haushaltsrahmen für die kommenden Jahre präsentiert hatte. Es stellte sich heraus, dass das von der Regierung gewählte Steuermodell unter anderem Großanteilseigner börsennotierter Unternehmen begünstigt hätte. Daraufhin forderte Kulturminister Paavo Arhinmäki vom Linksbündnis seine Regierung auf, die Pläne rückgängig zu machen, was die Nationale Sammlungspartei jedoch ablehnte. Nach großem medialem Aufschrei – und im Angesicht einer drohenden Regierungskrise – einigten sich die Parteien schließlich auf ein neues Steuermodell.¹⁶

Aufgrund ihres als chaotisch wahrgenommenen Auftretens hat die Regierungskoalition zuletzt deutlich an Popularität verloren. Von der Schwäche der Regierung profitiert vor allem die Zentrumsparterie, die Umfragen zufolge zur populärsten Partei Finnlands aufgestiegen ist. Auch die Basisfinnen erzielen hohe Umfragewerte und stehen in der Wählergunst fast gleichauf mit der Nationalen Sammlungspartei.¹⁷ Interessanterweise haben beide Oppositionsparteien ihre EU-Kritik in letzter Zeit deutlich eingedämmt. In einer Rede im April 2013 erklärte der Vorsitzende der Zentrumsparterie, Juha Sipilä, dass sich die Partei unter seiner Führung für den Erhalt des Euro und der EU einsetzen werde.¹⁸ Die Basisfinnen dagegen verkündeten auf ihrem Parteitag im Juni 2013, dass sie einen Euroaustritt Finnlands gegenwärtig nicht befürworten würden.¹⁹ Stattdessen strebt die Partei den Posten des Premierministers an, was eine Annäherung an den europapolitischen Kurs der anderen großen Parteien erforderlich macht. Parteichef Soini kündigte auf dem Parteitag an, dass er auf eine Kandidatur bei der Europawahl 2014 verzichten werde, um seine Partei nach den finnischen Parlamentswahlen im Jahr 2015 in die Regierung zu führen.²⁰ Von einem neuen europapolitischen Konsens kann in Finnland noch keine Rede sein, aber die Polarisierung nimmt derzeit wieder ab.

Weiterführende Literatur

Juha Jokela: Finland: Toward a More Cautious Europeanization?, in: Bretherton, Charlotte; Mannin, Michael L. (Hrsg.), *The Europeanization of European Politics*, New York 2013, S. 39-51.

Teija Tiilikainen: Finland: From Model Pupil to Troublemaker?, in: Walton, Nicholas; Zielonka, Jan (Hrsg.), *The New Political Geography of Europe*, London: European Council on Foreign Relations 2013, S. 77-82.

15 Helsingin Sanomat: Kolme tyytyväistä ja yksi pettynyt puoluejohtaja, 29.10.2012.

16 Helsingin Sanomat: Kiistellyt veropäätökset uusiksi, 5.4.2013.

17 YLE: Keskusta vahvassa nousussa, SDP:n kannatus ennätysheikko, 1.8.2013, http://yle.fi/uutiset/keskusta_vahvassa_nousussa_sdpn_kannatus_ennatysheikko/6758560.

18 Keskustan Juha Sipilän puhe puoluevaltuuskunnassa 27.4.2013, <http://www.juhasipila.fi/blogi/2013/04/27/68/?page2>

19 Helsingin Sanomat: Eurovaalikeskustelusta puuttui roihu, 1.7.2013.

20 Helsingin Sanomat: Soini tähtää pääministeriksi 2015, 30.6.2013.